

BUCHBESPRECHUNG

MARTIN HÖPNER/ARMIN SCHÄFER (HRSG.)

DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Band 61, Campus, Frankfurt/M. 2008, ISBN: 3593387417, 456 S.,
39,90 €

Welche Auswirkungen hat die europäische Integration auf die historisch gewachsenen Formen wirtschaftlicher Produktion und wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU)? Und welche Folgen haben die nationalen „Spielarten des Kapitalismus“ ihrerseits auf den Integrationsprozess? Mit diesen Fragen befasst sich ein von *Martin Höpner* und *Armin Schäfer* herausgegebener Band zur politischen Ökonomie der europäischen Integration. Unter den insgesamt zwölf Beiträgen von Autoren aus dem Umfeld des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung finden sich auch drei bereits früher veröffentlichte Texte von *Scharpf*, *Hooghe* und *Marks* sowie *Hall* und *Franzese*, die für diesen Band allerdings neu zusammengestellt beziehungsweise erstmals ins Deutsche übersetzt und von den Autoren in Nachbetrachtungen kommentiert wurden.

Die Einleitung der beiden Herausgeber gibt zunächst einen Überblick über die Diversität nationaler Wirtschaftsregime in Europa. Dabei heben sie nicht nur die erheblichen Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft hervor, sondern vor allem die grundlegenden institutionellen Unterschiede zwischen koordinierten und liberalen Ökonomien sowie zwischen sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaaten. Davon ausgehend entfalten Höpner und Schäfer die Eckpunkte ihrer polit-ökonomischen Interpretation der europäischen Integration. Im Mittelpunkt steht dabei das bekannte Scharpf'sche Argument von der institutionellen Asymmetrie zwischen marktschaffender und marktkorrigierender Politik in der EU. Wäh-

rend Maßnahmen der Marktöffnung notfalls von der Europäischen Kommission und vom Europäischen Gerichtshof einseitig juristisch durchgesetzt werden können, sind marktkorrigierende Regelungen wesentlich schwerer zu verabschieden, da sie in der Regel gesetzgeberische Maßnahmen erfordern, die von den 27 Regierungen im Ministerrat und von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments gebilligt werden müssen.

Diese These von der liberalen Schlagseite der EU-Politik wird in mehreren Beiträgen empirisch unterfüttert. *Schmidt* weist auf eindrückliche Weise nach, wie die Kommission ihre Macht zur Einleitung von gerichtlichen Vertragsverletzungsverfahren einsetzt, um den Widerstand von Liberalisierungsgegnern zu brechen und auf diese Weise marktschaffende Gesetzesinitiativen durchzusetzen. *Ganghof* und *Genschel* zeigen, dass die Vollendung des Binnenmarktes einen Unterbietungswettbewerb der Mitgliedstaaten bei der Unternehmensbesteuerung in Gang gesetzt hat, der ebenfalls Druck auf die Einkommenssteuersätze ausübt. Für den Bereich der EU-Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik enthält der Band etwas divergierende Einschätzungen. *Leibfried* und *Obinger* weisen darauf hin, dass es mittlerweile einen durchaus beachtlichen Bestand an sozialpolitischen Vorschriften gibt, wobei sie insbesondere die Bedeutung und das zukünftige Potenzial der gesetzlichen und gerichtlichen EU-Antidiskriminierungspolitik hervorheben. *Keune* argumentiert allerdings, dass die Europäisierung der Arbeitsmärkte insgesamt dennoch negative Auswirkungen auf nationale Arbeitnehmerrechte hatte, da die Arbeitgeber ihre neu ge-

wonnen Freiheiten im Binnenmarkt nutzen, um den Gewerkschaften flexiblere Arbeitszeiten und Lohnkonzessionen im Zeichen der Standorticherung abzutrotzen. Die Beiträge von *Hall* und *Franzese* sowie vor allem von *Enderlein* zu den Effekten der Währungsunion demonstrieren schließlich, dass die Mitgliedstaaten Anstrengungen zur Begrenzung der Staatsausgaben bzw. zur Sicherung von Lohnrückhaltung unternehmen mussten, um die national sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Auswirkungen der einheitlichen Zinspolitik abfedern zu können.

Aus den meisten dieser Kapitel spricht die mehr oder weniger deutlich vorgetragene Kritik an der einseitigen Marktorientierung der EU-Politik, in deren Gefolge die Möglichkeiten nationaler Umverteilungspolitik mehr und mehr dahinschwanden. Die beiden Herausgeber gehen in ihrem zweiten Beitrag sogar noch einen Schritt weiter. Sie argumentieren, dass die EU mittlerweile in eine „postcardianische Phase“ eingetreten sei, in der es darum gehe, die institutionellen Fundamente koordinierter Marktökonomien gezielt anzugreifen und im Zeichen des angloamerikanischen Kapitalismusmodells umzugestalten. Sie berufen sich dabei auf die ursprünglichen Pläne zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors und zur Harmonisierung von Unternehmensübernahmen sowie auf die EuGH-Rechtsprechung zum Gesellschaftsrecht, die es großen deutschen Unternehmen ermöglichen, aus der Mitbestimmung zu flüchten.

Einzelne Aspekte der diskutierten Fallstudien sowie einige Befunde anderer Beiträge deuten allerdings darauf hin, dass dieses Argument in seiner Pauschalität etwas überzogen ist. So konnten die radikalen Liberalisierungspläne der Kommission bei der Dienstleistungs- und Übernahme-Richtlinie vom Europäischen Parlament deutlich ent-

schärft werden. Sofern es um gesetzliche Regelungen geht, scheint es also durchaus einen Kampf auf gleicher Augenhöhe zwischen Anhängern des neoliberalen Projekts und Befürwortern des regulierten Kapitalismus zu geben, wie ihn *Hooghe* und *Marks* in ihrem Beitrag beschreiben. In den beiden erwähnten Fällen konnten sich Letztere sogar insgesamt durchsetzen.

Die beiden Lager bilden zwar keineswegs die klassischen Konfliktlinien zwischen Arbeit und Kapital bzw. zwischen Links und Rechts ab, da die politische Prägekraft der unterschiedlichen nationalen Kapitalismusmodelle zu lagerimmanenten Spaltungen führt. Darauf weisen *Schäfer* und *Streeck* mit Blick auf die europäische Gewerkschaftsbewegung zu Recht hin. Auch *Tiemanns* Ergebnisse zum Euroskeptizismus zeigen, dass die Einstellungen der Bürger zur europäischen Integration von den unterschiedlichen nationalen Spielarten des Kapitalismus entscheidend beeinflusst werden. Dennoch muss festgehalten werden, dass es eine politische Bewegung zu geben scheint, die zwar intern zu zerstritten ist, um sich auf ernstzunehmende gemeinsame Sozialstandards auf der europäischen Ebene einigen zu können, aber immerhin stark genug ist, um radikale Liberalisierungspläne der Kommission auf gesetzlichem Wege zu Fall zu bringen.

Die eigentliche Nachricht dieses Bandes ist somit, dass die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs außer Kontrolle geraten ist und mittlerweile die Grundpfeiler koordinierter Marktökonomien und entwickelter Wohlfahrtsstaaten bedroht. Mit diesem Problem setzt sich *Scharpf* in seiner Nachbetrachtung auseinander. Auf sehr pointierte Weise plädiert er dafür, Optionen zu suchen, um es negativ betroffenen Mitgliedstaaten zu ermöglichen, besonders intrusive Gerichtsurteile nicht anwenden zu müssen. Dies könnte u. a. in Form

von „politisch kontrollierten opt-outs“ geschehen, die es einzelnen Mitgliedstaaten erlauben würden, von Entscheidungen des EuGH und anderen europäischen Vorschriften im Einzelfall abzuweichen. Um eine gemeinschaftsverträgliche Anwendung dieser Abweichungsmöglichkeiten sicherzustellen, müssten die opt-outs jedoch von einer Mehrheit der Regierungen im Ministerrat abgesegnet werden. Inwiefern dieser durchaus bedenkenswerte Vorschlag tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden könnte, ohne das gesamte Rechtsgefüge der EU ins Wan-

ken zu bringen, sei dahingestellt. Wichtig ist jedenfalls der generelle Hinweis, bei der Diskussion von Reformoptionen für die EU nicht immer nur reflexartig nach einer Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen und mehr Rechten für das Europäische Parlament zu rufen, sondern auch über Maßnahmen zur politischen Einhegung der durch Richterrecht vorangetriebenen Wirtschaftsintegration nachzudenken.

Insgesamt bietet der Band eine überaus lesenswerte Tour d'horizon durch das Feld der kritischen politökonomischen Auseinanderset-

zung mit der europäischen Integration. Für alle, die sich einen Überblick über die strukturellen Hürden einer Vertiefung der politischen Zusammenarbeit in Europa und insbesondere über die mitunter durchaus problematischen Auswirkungen des Integrationsprozesses verschaffen wollen, ist dieser Band ein absolutes Muss. Wenn es an diesem Buch überhaupt etwas zu kritisieren gibt, dann vielleicht seine allzu eng geführte inhaltlich-argumentative Linie. Eine etwas ausführlichere Diskussion divergierender Sichtweisen hätte dem Band stellenweise durchaus gut

getan. So hätte man sich etwa eine selbstkritischere Reflexion der Grenzen des politökonomischen Ansatzes gewünscht, zumal diese in manchen Beiträgen durchaus sichtbar werden. Hooghe und Marks weisen in ihrer Nachbetrachtung z.B. darauf hin, dass sie in ihren früheren Arbeiten die Rolle nationaler Identitäten unterschätzt haben. Dies kann man zwar unter Umständen als Beleg für die Wirkungsmacht nationaler Traditionen im Sinne der verschiedenen Spielarten des Kapitalismus interpretieren, wie es die Herausgeber in der Einleitung tun. Eigent-

lich ist damit aber eine grundsätzliche Begrenzung des politökonomischen Ansatzes angesprochen, denn durch eine sozioökonomische Brille betrachtet, lässt sich insbesondere der zunehmende Euroskeptizismus der politischen Rechten nur schwer erklären. Aber vielleicht ergibt sich ja irgendwann einmal die Gelegenheit für ein Nachfolgewerk über die politische Kultur der europäischen Integration.

Oliver Treib,
Institut für Höhere Studien,
Wien